Einzelnummer 50 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 3,— Mk., von auswärts 4,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 9,— Mk., von auswärts 12,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 75 | Mittwoch, den 29. März 1922 | 13. Jahrgang

Reichskanzler Wirth gegen die Reparationsnote.

Der Reichstag nahm gestern zu der neuen Reparationsnote Stellung, in der weitere Steuern im Betrage von 60 Milliarden gefordert werden und in der ständige Kontrolle der deutschen Finanzen angedroht wird. Die Erklärung der Reichsregierung zu der Frage gab Reichskanzler Wirth ab, der damit im ganzen Hause, abgesehen von den Deutschnationalen und Kommunisten, Zustimmung fand. Der Reichskanzler sagte einleitend, daß das zustandegekommene Steuerkompromiß ein integrierender Bestandteil der auswärtigen deutschen Politik sei und daß, wer dieses Kompromiß von innen oder außen störe, auch die deutsche auswärtige Politik störe. Die Note der Reparationskommission habe diese Störung herbeigeführt. Der Brief an den Reichskanzler sei in überaus scharfem Tone gehalten, und habe mit Recht in ganz Deutschland Erregung hervorgerufen. Den ernsthaften Erfüllungsbestrebungen Deutschlands wird darin in keiner Weise Rechnung getragen, und die gewaltige Steuerlast, die es schon jetzt auf sich nehmen wolle, gar nicht gewürdigt.

Zu der

Forderung einer neuen 60 Milliardensteuer

erklärte der Reichskanzler bestimmt und eindeutig, daß dies eine völlig unmögliche Bedingung und eine unmögliche Zumutung sei. Es sei sachlich unmöglich, Quellen zu bilden, aus denen in solcher Zeit 60 Milliarden neuer Steuern geschaffen werden könnten. Die Entente hätte durch ein Moratorium die deutsche Valuta stabilisieren können, aber durch ihre Note das Gegenteil erreicht, und die deutsche Mark derart entwertet, daß der Etat über den Haufen geworfen sei. Schon aus rein parlamentarischen, politischen und technischen Gründen sei die Erfüllung der Bedingung der Reparationskommission bis zum 31. Mai eine Unmöglichkeit. Die wirtschaftlichen Darlegungen der deutschen Regierung hätten auf die Reparationskommission keinerlei Eindruck gemacht. Der in den Kontrollmaßnahmen zugemutete Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte sei ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, gegen den schärfste Verwahrung eingelegt werden müßte. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß dieses schikanöse und gänzlich unproduktive Kontrollsystem noch weiter ausgebaut werde. Eine Steuerkontrolle, die über das bisherige Aufsichtsrecht der Reparationskommission hinausgehe und die Bedingung, Steuern in bestimmter Höhe zu erheben, können niemals anerkannt werden. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß man nach dem Friedensschluß und auch im Londoner Ultimatum ausdrücklich betont habe, daß die jetzigen verlangten Befugnisse niemals der Reparationskommission eingeräumt werden sollten. Daran wolle er heute die fremden Mächte erinnern.

An der Verwaltung können Milliarden nicht erspart werden. Der Reichskanzler wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß zwei Ententegenerale der in Deutschland so zahlreich vorhandenen Kommissionen dem deutschen Volke mehr kosten, als Reichspräsident, Reichskanzler und das gesamte Reichskabinett. Die Forderung der Reparationskommission zur Verhinderung der Kapitalsflucht könnte nur durch ein internationales Zusammenwirken erfüllt werden. Die beste Lösung läge in einer Besserung der deutschen Valuta. Zur

Erfüllung der Reparationspflichten

bedürfe Deutschland einer äußeren Anleihe, die aber am meisten gefährdet werde durch die Haltung der Entente und der Reparationskommission, weil sie das Weltkapital zur Zurückhaltung drängen. Eine solche Anleihe werde erst bewilligt werden, wenn uns für einen längeren Zeitraum wirtschafts- und finanzpolitische Atemfreiheit gewährt wird. Die Note werde vor Erteilung der schriftlichen Antwort weiter geprüft werden. Die darin gewährten gewissen Zahlungserleichterungen erkennen wir an. Unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse könnten aber die Vornahme einer so mechanischen Maßnahme, wie sie die Ausschreibung von 60 Milliarden neuer Steuern bedeute, nicht dulden. Unsere Hoffnung beruht auf dem Gedanken einer internationalen Reparationsanleihe.

Trotz der empfindlichen Störung, die die Reparationsnote bedeute, würden wir alle Kräfte daran setzen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Der Aufbau Europas und Rußlands sei jetzt die Aufgabe der Welt, und auch die

Konferenz von Genua

werde sich damit beschäftigen. Ohne die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands sei der Aufbau der Welt unmöglich. Der Reichskanzler schloß: Ich hoffe, daß die Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch die Gegner veranlassen wird, Deutschland den Weg des Verderbens zu ersparen.

Die Minderheitenklausel im polnisch-baltischen Vertrag.

Der Wortlaut des auf der Warschauer Konferenz zwischen Polen, Finnland, Estland und Lettland abgeschlossenen Vertrages ist nunmehr amtlich veröffentlicht worden. Er umfaßt 9 Artikel und sieht, außer den bereits bekannten Bestimmungen, eine fünfjährige Dauer des Vertrages vor, wonach eine stillschweigende Verlängerung auf ein Jahr eintritt, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Was den im Vertrage vorgesehenen Minderheitenschutz betrifft, so beziehen sich bezeichnenderweise die vereinbarten Garantien nur auf solche nationale Minderheiten, die der überwiegenden Volksmehrheit eines der Konferenzstaaten angehören, so daß sie für die Deutschen, Russen, Litauer, Juden usw. keine Geltung haben.

Parlaments-Ersatz im Saargebiet.

Der Völkerbund hat auf seiner gegenwärtigen Tagung in Paris einer Verfügung der Regierungskommission des Saargebiets vom 24. März zugestimmt, welche die Schaffung eines beratenden Ausschusses und eines Studienausschusses im Saargebiet anordnet. Der beratende Ausschuß aus 30 Mitgliedern, von der Saargebietbevölkerung nach dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht gewählt soll dazu dienen, die im Friedensvertrag vorgesehenen Gutachten abzugeben für etwaige Gesetzesabänderungen oder für die Einführung neuer Abgaben, ausgenommen Zollfragen durch die Regierungskommission. Die Mandate relöschen für den ersten Ausschuß bereits am 1. Oktober 1923. Der Studienausschuß besteht aus wenigen von der Regierungskommission ernannten Fachleuten des Saargebietes, deren Rat die Regierungskommission nur dann, wenn es für gut erscheint, einzuholen braucht. Die Schaffung dieser Organe vereitelt alle Hoffnungen der letzten Zeit auf ein Saarparlament vollständig.

Litauens selbständiges Vorgehen in der Währungsfrage.

In Litauen war aus der Zeit der deutschen Besatzung her noch eine größere Menge deutsches Geld in Umlauf, so daß Litauen bisher keine eigene Währung eingeführt hatte. Augenblicklich wird zwischen Deutschland und Litauen über die Regelung der Währungsfrage und Einziehung des ehemaligen Oberostgeldes verhandelt. Unabhängig von dem Verlauf der Verhandlungen, die sich aber zunächst in die Länge ziehen, hat die litauische Regierung nach Kownoer Pressemeldungen die Loslösung von der deutschen Währung endgültig beschlossen und führt in beschleunigtem Tempo die Vorarbeiten für die Einführung einer eigenen Währung durch. Es heißt sogar, daß die neue „Auksin-Währung" bereits in zwei Monaten eingeführt werden soll, doch wird vorläufig nur eine allmähliche Einziehung der Oberost- und Reichsmarknoten geplant. Das offiziöse litauische Blatt „Echo" äußert die Hoffnung, daß sowohl von Deutschland wie von Litauen in beiderseitigem Interesse eine baldige Regelung der gesamten Währungsfrage sowie besonders der deutschen Entschädigung an Litauen auf dem Wege der Vereinbarung erreicht werden möchte, so daß die Anrufung des internationalen Schiedsgerichtshofes in dieser Angelegenheit sich erübrigen würde.

Revolverschießerei in einer Russenversammlung.

Bei einer gestern in der Philharmonie in Berlin stattgefundenen Versammlung rechtsstehender Russen, wurde während der Versammlung auf den Vortragenden aus der Mitte geschossen. Eine Person wurde getötet, mehrere Personen durch Revolverschüsse schwer verletzt. Einer der Schießer wurde verhaftet. Die Kriminalpolizei wurde alarmiert und konnte weitere Zusammenstöße verhindern.

Parteikrise bei der U. S. P. Deutschlands.

Die U.S.P. befindet sich zurzeit in einer ganz unmöglichen Zwitterstellung: theoretisch muß sie auf dem Leipziger Manifest stehen, das seinerzeit unter dem radikalen und skrupellosen Einfluß kommunistischer Elemente aufgestellt wurde; praktisch jedoch, namentlich in der Reichstagspolitik, geht die U.-S.-P.-Fraktion vielfach mit unserer S.-P.-D.-Politik und hält geradezu das Kabinett Wirth durch ihre konsequente Zustimmungspolitik. Die Redaktion der „Freiheit", die genau weiß, wie die Massen denken, hat eine entsprechende Richtung eingeschlagen, oft genug auf die S.P.D. einschlagend, im allgemeinen aber doch verständig. Seit kurzem ist aber bekanntlich in der U.S.P. eine kleine „Blutauffrischung" vor sich gegangen, indem sich in ihren zerrissenen und unfruchtbaren Schoß die Kommunisten aus der K.A.G. geflüchtet haben. Die nunmehr eintretende verschärfte Tonart hat den ersten Zusammenstoß geliefert: die radikalisierten Zentralinstanzen und die zahmeren Redaktionsmitglieder sind in Konflikt geraten, der sich in folgendem Beschluß der leitenden Instanzen äußert: „Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission können sich ein gedeihliches Wirken der Redaktion der „Freiheit" für die Interessen unserer Partei und damit für die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung nur dann versprechen, wenn die Redaktion der „Freiheit" in Zukunft klar und entschieden die Politik vertritt, die in Einklang steht mit den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere mit dem Manifest des Leipziger Parteitages." Die Redaktion soll also rück-radikalisiert werden, im Sinne des heute nicht mehr „zeitgemäßen" Rätegedankens. Die Instanzen haben es nicht einmal für nötig gehalten, ihren Beschluß der Redaktion direkt mitzuteilen. Das hat die Redakteure verschnupft. Die Redaktion gibt ihrem Mißfallen darüber Ausdruck in einer Erklärung, in der es heißt:

„Die Redaktion erblickt in diesem Beschluß der zentralen Körperschaften, aus dem sie die nötigen Konsequenzen vertreten habe, die nicht im Einklang mit den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere dem Manifest des Leipziger Parteitages, stehe. Die Redaktion teilt diese Auffassung nicht. Sie erblickt darin ein Mißtrauensvotum der zentralen Körperschaften, aus dem sie die nötigen Konsequenzen ziehen wird."

Letzteres ist inzwischen geschehen. Die Redaktion mit Dr. Hilferding an der Spitze hat der Berliner Parteileitung und Pressekommission ihre Aemter zur Verfügung gestellt.

In der „Welt am Montag" läßt sich Herr v. Gerlach, der den Unabhängigen bekanntlich nahesteht, ohne ihnen eigentlich anzugehören, über den Fall folgendermaßen aus:

„Wie wir hören, ist die gesamte Redaktion mit Dr. Hilferding an der Spitze solidarisch. Sie hat geschlossen ihre Aemter der Pressekommission, von der sie angestellt ist, zur Verfügung gestellt. Die Pressekommission steht auf der Seite der Redaktion. Das wird aber die bisherige Redaktion kaum retten können, da die Mehrheit in den entscheidenden Parteiinstanzen sich den radikalen Standpunkt von Kurt Rosenfeld zu eigen gemacht hat. Es liegt auf der Hand, daß die Krisis im Zentralorgan gleichbedeutend ist mit einer Krisis der ganzen unabhängigen Sozialdemokratie. Seit dem Vertrauensvotum für Wirth, bei dem die beiden Flügel der Partei auseinanderfielen, haben sich die Gegensätze innerhalb der Partei sehr verschärft."

Der „Vorwärts" schreibt zu dem unabhängigen Parteikonflikt:

„Daß sich die USP. seit Monaten in einer schweren Krise befindet, war in politischen Kreisen ebenso lange bekannt. Trotzdem wird die Nachricht von der eingetretenen Katastrophe die Oeffentlichkeit überraschen, sie wird namentlich überaus schmerzlich auf jene Arbeiterkreise wirken, die auf diese Partei bisher ihre Hoffnungen gesetzt hatten.

Schon das ist für uns ein Grund, die Vorgänge im benachbarten Lager mit Gefühlen zu betrachten, die von Schadenfreude weit entfernt sind. Es handelt sich um eine überaus ernste Angelegenheit auch für uns.

Zunächst mag eines gesagt werden: Es berührt wohltuend, daß der innere Kampf in der USP. bisher, wie es scheint, nicht mehr in jenen üblen Formen geführt wurde, die früher leider üblich gewesen sind. Die ganze Behandlung der Angelegenheit zeigt, daß auf beiden Seiten das Bestreben vorhanden ist, die Arbeiterbewegung nicht durch neuen Krach und Skandal zu kompromittieren.

Das ist ein unverkennbarer Fortschritt. Aber vollkommen wäre er erst, wenn über dem Bestreben, überflüssiges Aufsehen zu vermeiden, nicht das Recht auf Klarheit zu kurz gekommen wäre. In dieser Beziehung kann man dem rechten Flügel der Partei nicht den Vorwurf ersparen, daß er bisher — sei es auch aus höchst achtungswerten Beweggründen — zu wenig demokratische Parteipolitik und zu viel parteipolitische Geheimdiplomatie getrieben hat. Er stand zwischen der Pflicht, den Massen der Parteianhänger reinen Wein einzuschenken, und dem Wunsch, den Schein des Parteifriedens zu wahren, lange unschlüssig. Dadurch hat er letzten Endes die Krise der USP. nicht gemildert, sondern verschärft. Denn den in Ahnungslosigkeit gehaltenen Massen der Parteianhänger kommt jetzt die vollendete Tatsache des Konflikts gänzlich überraschend, und sie muß auf sie wie eine Bombe wirken.

Der tiefste Grund der Krise liegt darin, daß der rechte Flügel der Partei zu einer realpolitischen Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse vorgedrungen ist, während der linke teils aus Unvermögen, teils aus Taktik vor der Schwelle stehen bleibt. Der rechte Flügel hatte von Anbeginn die halb- oder scheinbolschewistische Politik der Partei abgelehnt. Als dann Moskau auf klare Entscheidung drängte und die Partei sich notgedrungen vom Bolschewismus ablöste, suchte sie zwischen diesem und der Sozialdemokratischen Partei vergeblich einen Boden, auf den sie sich mit beiden Füßen hätte stellen können. Sie blieb in unklaren Redensarten und einer rein negativen, höchst widerspruchsvollen Politik stecken. Der Kommunismus konnte — solange sein Ideal nicht zusammengebrochen war — sagen, was er wollte, die Sozialdemokratie konnte es auch, aber die USP. konnte es nicht.

Immerhin gelang es dem rechten Flügel durch das Uebergewicht seiner Intelligenz einen gewissen Einfluß auf die Partei zu üben, in dem Sinne, daß sich ihr Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei verbesserte, und daß sie die positive Arbeit unserer Partei in manchen Fällen unterstützte, in manchen durch Kritik vorwärtszutreiben versuchte. Wie sich dieses Verhältnis durch den in der USP. eingetretenen Bruch ändern wird, möchten wir nicht vorschnell voraussagen. Unsern Wünschen entspräche es nicht, wenn es sich verschlechterte. Aber wenn die USP. glauben sollte, sie sei durch den Zutritt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, der Levi, Dänmig, Adolf Hoffmann, so gestärkt, daß sie wieder den offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen könne, dann dürfen wir versprechen, daß von unserer Seite für eine rasche Entscheidung der Partie gesorgt werden wird.

Die Entwicklung der Dinge in den politischen Neugebilden links von uns muß auch dem Blindesten zeigen, daß alle Hoffnung der arbeitenden Massen in Deutschland auf der Sozialdemokratischen Partei ruht. Die Sozialdemokratische Partei hat niemals Unfehlbarkeit für sich in Anspruch genommen, sie weiß, daß sie unter fast verzweifelten Umständen arbeitet, unter denen ein Vorwärtskommen ungeheuer schwierig ist. Aber eines darf sie unbedingt für sich in Anspruch nehmen: sie hat immer ehrlich zu den Massen gesprochen, sie hat den Mut gehabt, unheilvolle Illusionen zu zerstören, sie hat mit ihren Massen zusammen die Wahrheit und den rechten Weg gesucht. Und diese Methode hat sich bewährt. Die Massen verstehen, daß der Kampf um das höchste Ziel Anstrengungen zur Erreichung kleiner Fortschritte nicht ausschließt, sondern fordert, sie verstehen, daß man sich in besonders schwierigen Lagen mitunter auch mit zäher Verteidigung errungener Positionen begnügen muß, sie begreifen die Notwendigkeiten unserer Taktik, so bitter schwer ihnen das mitunter auch werden mag.

Aus dieser Stellung, die sich unsere Partei erworben hat, erwächst unsere Pflicht, sie als das wertvollste politische Gut der arbeitenden Massen zu schützen. Ihre Zukunft ist die Zukunft der Arbeiterklasse! Wie unseren Gegner von rechts werden wir auch allen Angreifern von links entgegenrufen dürfen: „Nur, was zerfällt, vertretet Ihr!"

Ein Protest Kautskys.

Karl Kautsky veröffentlicht im „Vorwärts" einen offenen Brief an die Zentrale der U.S.P.D., in dem er schärfsten Protest einlegt gegen den Aufruf der U.S.P., der die Vereinigung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft mit der U.S.P. verkündet und auch die revolutionären Mitglieder der Rechtssozialisten aufforbert, in die U.S.P. einzutreten. Kautsky nennt den Aufruf einen Kriegsruf gegen die S.P.D., der das Fortbestehen der Spaltung und damit die Schwächung des deutschen Proletariats fördern werde.

Offener Widerstand gegen die Enteignung der Kirchenschätze in Rußland.

Auf der Petersburger kommunistischen Parteikonferenz konstatierte der Kommunist Smirnow, der an Stelle Sinowjews das Hauptreferat übernommen hatte, daß es bereits zu Ausschreitungen der Bevölkerung gekommen ist, als die Sowjetbehörden versuchten, die angeordnete Enteignung der Kirchenschätze zugunsten der Hungernden durchzuführen. Die Petersburger höhere Geistlichkeit leistet offenen Widerstand und stützt sich dabei wie die „Krasnaja Gaseta" feststellt, auf etwa 200 000 Gläubige. Bei den Glocken sind Wachtposten aufgestellt, die angewiesen sind, im Falle einer Annäherung der Bolschewisten Sturm zu läuten. Vor den Kirchen drängen sich große Volksmassen, die bereit sind, die Ablieferung der Kirchenschätze zu verhindern. Inzwischen häufen sich die Kirchenberaubungen in so auffallendem Maße, daß die Vermutung nahe liegt, es handle sich dabei um fingierte Raubüberfälle, um die bedrohten Kirchenschätze in Sicherheit zu bringen.

Die schrecklichen Folgen der Unterernährung.

„Insassen alle gestorben . . ."

Ein Blick in die Statistik der Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie unendlich gerade unsere ältere Generation unter den Folgen der Unterernährung gelitten hat. Bei den mehr als 60jährigen Männern und Frauen führte beispielsweise im Jahre 1917 nach Schätzungen des Reichsgesundheitsamtes der Hunger und seine Folgen in 127 000 Fällen zum Tode. Die Todesfälle infolge Altersschwäche, Tuberkulose und Selbstmord bei den mehr als 60jährigen haben in den Jahren von 1914 bis 1918 ständig in raschem Anwachsen zugenommen. Die Abnahme, die seit 1918 zu beobachten ist, beruht zum großen Teil auf dem Umstande, daß nur die Widerstandsfähigsten übriggeblieben sind, da eine nur zu grausame Auslese stattgefunden hat. Der Bericht eines Siechenhauses an das Reichsgesundheitsamt auf eine Umfrage lautete beispielsweise lakonisch: „Die Insassen sind alle gestorben." Am erschütterndsten aber sind noch die Zahlen der Selbstmordfälle bei Leuten über 60 Jahren, betragen sie doch durchschnittlich 25 bis 30 Prozent aller Selbstmordfälle. Leider wächst infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Not die Zahl der Selbstmorde noch immer mehr, ereignen sie sich doch selbst in Altersheimen, da die Heime allgemein zu einer starken Herabsetzung ihrer bisherigen Leistungen haben übergehen müssen und dadurch ihre Insassen von neuem den bittersten Sorgen um das tägliche Brot ausgeliefert werden. Die Selbstmordstatistik ist wahrlich ein untrügliches Notzeichen, aber auch eine bittere Anklage und harte Mahnung, durch schnelle und gründliche Hilfe unsere alten Leute vor Verzweiflung und Tod zu bewahren.

Belgischer Protest wegen des Hamborner Mordes.

Der belgische Minister für nationale Verteidigung gab gestern vor dem Kammerausschuß für nationale Verteidigung eine Darstellung der durch die Ermordung des Leutnants Graff geschaffenen Lage. Da Leutnant Graff den alliierten Armeen angehört habe, so müsse die Angelegenheit der Beurteilung der interalliierten Militärkommission unterliegen. Man müsse demnach die Entscheidung dieser Behörde abwarten. Die belgische Regierung habe bei der deutschen Regierung wegen des Mordes Protest erhoben und die deutsche Regierung ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die eine Festnahme der Schuldigen erleichtern könnten.

Hilfe für die im Rigaer Eise eingeschlossenen Dampfer.

Die „Hamburger Nachrichten" veröffentlichen folgenden Funkspruch von Bord des nach dem Rigaer Meerbusen zur Rettung der vier im Eise eingeschlossenen deutschen Dampfer entsandten Linienschiffes Hannover vom 27. März abends: Das Eis ist unverhältnismäßig schwer und hat eine Dicke bis zu zwei Metern. Trotz der langen schweren Zeit sind die Besatzungen der Dampfer wohlauf und sind vorläufig mit Proviant versehen. Das Linienschiff Hannover beabsichtigt, den vierten Dampfer, der sich in der Nähe befindet aufzusuchen, dann die Dampfer zu versammeln und darauf mit den vier Dampfern zurückzukehren. Der Stettiner Dampfer „Albis" erlitt Ruderschaden.

Vom deutschen Schiffbau. Nach der amtlichen Statistik über den deutschen Schiffbau sind im Jahre 1918 in Deutschland fertiggestellt worden 936 See- und Flußschiffe mit 523 700 Bruttotonnen, davon 196 Schiffe mit 38 200 Bruttotonnen für ausländische Rechnung. Bei diesen Zahlen sind die Kriegsschiffe mitgerechnet. Ohne Kriegsschiffe betrug die Erzeugung 1918 nur knapp 440 000 Tonnen. Die Erzeugung war 1915 bereits auf 201 000 Tonnen gesunken, 1916 auf 196 000 Tonnen, 1917 auf 65 000 Tonnen und betrug 1918 nur noch 38 000 Tonnen. Im Jahre 1919 trat dann eine Erhöhung auf 155 000 Tonnen ein, davon 130 000 für ausländische Rechnung. Im Jahre 1920 wurden in Deutschland fertiggestellt 330 Schiffe mit 327 000 Tonnen, davon 40 Schiffe mit 84 700 Tonnen für ausländische Rechnung. Bei diesen Zahlen sind nur Handelsschiffe berücksichtigt. Im Bau befanden sich Ende 1920 auf deutschen Werften 892 Schiffe mit 1 714 300 Tonnen. Vor dem Kriege haben deutsche Reedereien regelmäßig auch noch in nennenswertem Umfang Neubauten bei ausländischen Werften herstellen lassen, namentlich in den Niederlanden und England. Diese Bestellungen im Ausland haben jetzt ganz aufgehört. Im Jahre 1914 bezog Deutschland noch 103 Schiffe mit 42 000 Tonnen vom Ausland und im Jahre 1917 zum letzten Male 9 Neubauten mit 3200 Tonnen vom Ausland.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman

3) von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart.)

Werner, der Elfjährige, saß dort steif und rechtwinklig auf einem Stuhl und wartete. Er sah aus, als wäre er auf dem Stuhl angefroren. Seine kleinen, wasserblauen Augen waren das einzig Bewegliche an ihm. Sie wanderten beständig durch das ganze Zimmer und blieben nun fragend auf Fräulein haften.

„Paß hübsch auf, Wernerchen, in der Kirche, ja? Und erzähle nachher, was Pastor Pawlowski gesagt hat!"

„Ja, Fräulein", sagte er langsam und deutlich. Es kam heraus, wie aus einem Automaten, in den man zehn Pfennig hineinsteckt und der dafür die drei Silben spricht.

„Adieu, Werner! Die Mama kommt schon."

Frau Franzius kam. Werner stand vom Stuhl auf. Er hatte etwas merkwürdig Mathematisches in seinen Bewegungen. Man dachte unwillkürlich an rechte Winkel, gerade Linien und dergleichen.

Frau Franzius sagte langsam: „Sie sollten auch einmal in die Kirche gehen, Fräulein."

„Ich habe zu wenig Zeit."

„Dazu muß man immer Zeit haben", sagte sie kalt und zog ihre Handschuhe an. Ihr Handschuhe waren von vorbildlicher Eleganz. Es war der einzige Luxus, den sie sich leistete. Er ersetzte ihr Schmuck und Seide. Ihre Handschuhe stachen oft seltsam gegen die ungewählten Kleider ab, die immer etwas nach „Ausverkauf" oder „Gelegenheitskauf" aussahen.

„Komm, Werner, und halte dich gerade!"

Beide gingen. Ein paar Minuten später jagte Thea die Treppe herunter, mit fröhlichem Lachen Fräulein zuwinkend.

Sonderbar, wie verschieden beide Schwestern sind, dachte Fräulein; oder ist es die Ehe, die Frau Franzius so verändert hat?

Frau Dora Franzius war acht Jahre älter als ihre Schwester Thea, und sie hatte früh geheiratet. Aber diese Ehe konnte keinen sehr bestimmenden Einfluß auf ihren Charakter ausgeübt haben. Denn diese Ehe bestand seit Jahren nur noch dem Namen nach.

Ihr Mann, der Ingenieur Franzius, war fast immer außer Landes. Er hatte eine Reihe kleiner, aber wichtiger Bahnen gebaut. Jetzt war er in den deutschen Kolonien. Seit Jahren nahm er nur solche Aufträge in der Ferne an; seit dem Tage, da der alte Görke ihm vorgerechnet, wieviel er schon für ihn und seine Familie getan hatte. Von da an nahm Ingenieur Franzius nur die höchstbezahlten Aufträge an, gleichviel aus welchem Erdenwinkel sie winkten.

Die Verwandten sagten: Er verdient dort das Doppelte wie hier" und hießen sein Tun gut. Nur der alte Görke, unzufrieden mit dem selbständigen Entschluß seines Schwiegersohns, der ihm etwas rebellisch erschien, murrte: „Er wird nicht eher ruhen, bis die Neger ihm seinen Dickschädel eingerieben haben. Das kann er aber doch bequemer hier auf dem Fischmarkt oder in Schidlitz haben." In Schidlitz waren die öffentlichen Tanzlokale, wo des Vergnügens mitternächtlicher Schluß meist in Schlägereien und Messerstechereien ausartete. Die unverheirateten Tanten flüsterten: „Er reißt vor seiner kalten Frau aus." Der Oberlehrer sagte: „Er will uns nichts schuldig bleiben; er weiß, daß die Familie immer der schlimmste Gläubiger ist."

Frau Franzius sprach, wenn auf ihren Mann die Rede kam, immer in kühlen, gemessenen Ausdrücken, halb anerkennend, halb verweisend.

Sein Bild stand in einem großen Rahmen auf dem ovalen Tisch der guten Stube, hinter dem großen Photographiealbum. Es war ein scharfmarkiertes Gesicht mit forschenden Augen und eckiger Stirn.

Alle zwei Jahre kam er zu Besuch. In der übrigen Zeit sandte ihm seine Frau zu jedem seiner Geburtstage die neueste Aufnahme von sich und den Kindern. Das war seit Jahren fast der einzige Zusammenhang zwischen Ingenieur Franzius und seiner Familie.

Fräulein begriff diese Ehe nicht.

Fräulein begriff so vieles nicht im Görkeschen Hause . . .

Sonntagsstille zog ein.

Fräulein putzte in der Küche Spinat und dachte darüber nach, wer wohl die neueste Eroberung Theas sein mochte. Wenn es ein Bekannter war, konnte es auch einer von den Lehrern sein, die der Oberlehrer eingeführt hatte. Vielleicht auch einer der Kaufleute, die auf dem alljährlichen Hausball tanzten und die kalten Büfetts stürmten. Ach, es lohnte sich nicht, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Es war wohl nur wieder ein Hirngespinst Theas, wie so oft. Wie so oft.

Frau Görke kam in die Küche, sorgenvoll um sich blickend. Sie hatte das dunkle Gefühl, überall betrogen zu werden, wo sie nicht war; unerhörte Verschwendung wurde hinter ihrem Rücken getrieben. Sie traute weder Fräulein noch dem Mädchen einen Betrug zu; aber im Unterbewußtsein saß stets die Empfindung, aufpassen zu müssen, wenn nicht alles drunter und drüber gehen sollte.

Es war wohl das Erbteil von ihren Großeltern her, die in zäher Sparsamkeit ihr Vermögen erworben hatten, jeden Groschen vorsichtig auffassend, als wäre er heiß.

„Achten Sie mir darauf, daß nicht zuviel verloren geht, Fräulein!"

„Gewiß, gewiß."

Es klingelte scharf und laut.

„Ach Gott wer ist denn das schon wieder?"

Sie sah so verzweifelt aus, als erwarte sie die Einquartierung feindlicher Soldaten.

Fräulein sah auf die Küchenuhr. „Es ist erst zehn. Fremder Besuch kann es also nicht sein."

„Wenn es nur nicht Tante Berta ist! Sie hält einem immer so schrecklich lange auf."

Sie öffnete die Tür. Es war Tante Berta. Sie kam immer zu ungelegener Zeit. Vormittags in die Vorbereitungen zum Essen oder kurz vor einer Gesellschaft, zu der sie nicht geladen war, oder zu der Stunde, in der Frau Görke sich etwas Ruhe gönnte. Sie hatte einen angeborenen Instinkt, zu stören.

Dabei war sie nicht ungefährlich. Ihre lauernden Augen sahen böse in die Welt, und wenn ihre zusammengekniffenen Lippen sich öffneten, war zehn gegen eins zu wetten, daß eine unliebsame Ueberraschung zutage kam. Frau Görke vermied es längst, sie ohne Bewachung mit Familienmitgliedern sprechen zu lassen. Ihre Taktlosigkeiten waren berühmt im Kreise der Familie.

„Guten Morgen, liebe Berta! Komm nur herein!" Frau Görke führte sie in die gute Stube, mit ergebener Miene, wie man Kriminalbeamte führt, die die Wohnung besichtigen wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 75 | Mittwoch, den 29. März 1922 | 13. Jahrgang

Die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise vertagt.

Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 28. März 1922.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde an Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Grobelski Stadtv. Majewski (Pole) in der üblichen Weise in sein Amt eingeführt.

Die Etats für 1922 noch nicht fertiggestellt.

Der Senat teilte der Stadtverordnetenversammlung mit, daß es ihm nicht möglich ist, die Haushaltpläne für 1922 so rechtzeitig fertigzustellen, daß ihre Verabschiedung noch vor dem 1. April erfolgen kann. Deshalb verlangte der Senat von der Stadtverordnetenversammlung die Ermächtigung, zur Zahlung der Ausgaben für 1922 auf Grund der von ihm aufgestellten Entwürfe der Haushaltpläne.

Stadv. **Kunze** (U. S. P.) lehnte es ab, dem Senat eine Blankovollmacht über Haushaltpläne zu geben, die der Stadtverordnetenversammlung nicht bekannt sind.

Stadtv. Gen. **Spill** betonte, daß dies Verlangen des Senats eine starke Zumutung an die Stadtverordneten bedeutet. Der Senat habe es meisterhaft verstanden, sich das größte Mißtrauen der Bevölkerung zu verschaffen. Dieser Senat verlange jetzt auch noch Vollmacht, wirtschaften zu können, nach Etats, die niemand kennt. Wenn der Senat nicht in der Lage ist, die Etats rechtzeitig fertigzustellen, dann hätte er nicht so schnell den Magistrat beseitigen sollen. Bei dem Verhalten und der Tätigkeit des Senats kann uns niemand zumuten, dem Senat das Vertrauen auszusprechen.

Senatsvizepräsident Dr. **Ziehm** erkannte das Verlangen nach rechtzeitiger Fertigstellung der Haushaltpläne als berechtigt an. Ihre rechtzeitige Vorlage lasse sich jedoch nicht immer ermöglichen; das sei auch in normalen Zeiten vorgekommen.

Stadtv. **Brunzen** (Dtntl.) erklärte, daß seine Parteifreunde der Vorlage zustimmen würden.

Stadtv. Dr. **Herrmann** (D. P.) trat ebenfalls für die Vorlage ein. Daß die Haushaltpläne nicht rechtzeitig fertig wurden, sei auch früher vorgekommen, während der Kriegsjahre sei es die Regel gewesen.

Stadtv. **Mau** (U. S. P.) wies demgegenüber darauf hin, daß die Fraktion der Deutschen Partei im Volkstage in dieser Frage auf dem Standpunkt steht, daß die Etats so schnell wie möglich vorgelegt werden, damit der Vorschußwirtschaft endlich ein Ende gemacht wird. Redner empfahl, die Vollmacht des Senats abzulehnen, dann würden auch in kurzer Zeit die Etats fertig sein.

Stadtv. Gen. **Spill** betonte, daß der Hinweis darauf, daß die Etats auch früher nicht rechtzeitig fertig wurden, keine Entschuldigung ist. Die Deutschnationalen haben den Senat fest in ihrer Hand und geben ihm deshalb Kredit. In anderen Körperschaften bedeutet der Etat ein Voranschlag, nach dem gewirtschaftet wird. Hier hat er lediglich die Bedeutung einer Rechnungslegung. Bei den Beratungen der Steuergesetze im Ausschuß des Volkstages konnte die Regierung die Frage, wie hoch der gesamte Steuerbedarf des Freistaates ist, nicht beantworten. Trotzdem verlangt der Senat die Einführung von Steuern, die die gesamte Lebenshaltung um 10—15 Prozent verschlechtern.

Stadtv. **Braun** (Zentrum) schob die Schuld an der nicht rechtzeitigen Fertigstellung der Etats der Linken zu, durch deren Forderungen immer neue Aenderungen notwendig wurden.

Der Antrag des Senats auf Erteilung der Vollmacht wurde mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten die Linke und 2 Zentrumsstadtverordnete.

Ausgleichszuschlag für Beamte und Angestellte.

Der Gewährung eines weiteren Ausgleichszuschlages an die städtischen Beamten, Lehrpersonen und Angestellten, und an die Beamten, Lehrpersonen und Angestellten im Ruhestande, sowie an Witwen von Beamten, Lehrpersonen und Angestellten wurde ohne Aussprache zugestimmt. Danach erhalten alle städtischen Beamten 2000 Mark, die vollbeschäftigten volljährigen Angestellten, je nach Dienstjahren, 1900—2000 Mark, die vollbeschäftigten jugendlichen Angestellten 600—1600 Mark, die Ruhegehaltsempfänger 1900 Mark. Den weiblichen Angestellten wird die Summe um 10 Prozent gekürzt. Die Gesamtkosten betragen rund 850 000 Mark.

Die Vorlagen über die Verpachtung der Fähren Holm—Holzraum und Holm—Broschkischer Weg wurden an den Ausschuß zurückgegeben, weil der Senat eine Eingabe des alten Pächters dem Ausschuß vorenthalten hat.

Der Vertrag zwischen der Landgemeinde Ohra und der Stadt Danzig vom 23. Juni und 9. September 1914 wurde dahin abgeändert, daß die Stadt Danzig auf ihr Monopol bezüglich der Gasabgabe gegen eine einmalige, sofort zahlbare Entschädigung von 70 000 Mark verzichtet.

Dem katholischen Knabenwaisenhaus in Danzig wurde für das laufende Rechnungsjahr ein Zuschuß von 150 000 Mark ohne Debatte bewilligt, ebenso dem katholischen Waisenhaus für Mädchen ein Zuschuß von 100 000 Mark.

Dem Verein Säuglingsfürsorge wurde für Unterhaltung des Säuglingsheims eine einmalige Beihilfe von 70 000 Mark gewährt.

Für das städtische Krankenhaus ist ein größerer Posten Verbandstoffe und ärztliche Gerätschaften für den Preis von 414 400 Mark angekauft worden. Der Kauf ist sehr günstig, deshalb beantragte die Zentrumsfraktion, daß das Marienkrankenhaus und das Diakonissenkrankenhaus je ein Viertel der gekauften Verbandsstoffe erhalten. Stadtv. **Scheller** (Dtntl.) wandte sich gegen diesen Antrag. Stadtv. Dr. **Thun** (Z.) befürwortete den Antrag. Die Gegenstände seien sehr billig eingekauft und müßten allen Bevölkerungsschichten zugute kommen. Stadtv. **Knnze** (U. S. P.) bat, den Zentrumsantrag abzulehnen mit Rücksicht darauf, daß die Stadtverordnetenversammlung keinen Einfluß auf die Verwaltung der Privatkrankenhäuser habe. Senator Dr. **Schwartz** wandte sich ebenfalls gegen den Antrag. Die Verbandsstoffe würden für das städtische Krankenhaus notwendig gebraucht. Der Zuschuß der Privatkrankenhäuser könnte evtl. erhöht werden. Stadtv. **Fuhlbrügge** (D. P.) vertrat den Standpunkt, weil der Einkauf so günstig sei, müsse man auch den Privatkrankenhäusern etwas davon geben. Stadtv. **Brunzen** (Dtntl.) wies darauf hin, daß Dr. Thun an den Ausschußberatungen teilgenommen habe, da hätte er den Antrag stellen sollen. Stadtv. Frau **Richter** (Dt. P.) betonte, daß der günstige Kauf nur der Stadt zugute kommen müsse. Stadtv. Dr. **Thun** entschuldigte seinen verspäteten Antrag damit, daß bei seiner „mangelnden Begabung" gute Gedanken oft später kämen. Er hielt dann dem Hause eine Vorlesung über die Pflichten eines Stadtverordneten. Stadtv. Dr. **Herrmann** (Dt. P.) erklärte, daß kein Anlaß vorliege, von dem guten Geschäftsabschluß andere Krankenhäuser profitieren zu lassen. Der Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt. Die Senatsvorlage daraufhin angenommen.

Der Erhöhung der städtischen Krangebühren im Kaiserhafen um etwa das 2½fache wurde ohne Debatte zugestimmt.

Die Einrichtung der polnischen Schulklassen in den Vororten.

Der Senat beantragte für die bei Beginn des neuen Schuljahres vorzunehmende Einrichtung von 9 polnischen Klassen 90 000 Mark zu bewilligen und gleichzeitig die neuen Lehrerstellen zu bewilligen.

Stadtv. **Falkenberg** (Dtntl.) wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Vorlage. Nach der Danzig-polnischen Konvention habe die polnische Minderheit in Danzig die gleiche Behandlung zu verlangen, wie sie die deutsche Minderheit in Polen erfährt. Der Sinn des Vertrages sei der Grundsatz der Gegenseitigkeit. Redner ging dann auf die Lage der deutschen Schulen in Pommerellen ein. Im Jahre 1920 seien 1000 deutsche Schulen ohne Lehrer gewesen. Die Polen hätten die deutschen Lehrer verjagt. Das Eigentumsrecht der Gemeinden an den Schulen würde vom polnischen Staate nicht anerkannt. Noch schlimmer sei es bei den höheren Schulen, die einfach in polnische umgewandelt würden. Die Einrichtung von Privatschulen werde verboten. Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages habe man eine deutsche Schule in Putzig gewaltsam geschlossen. Durch die Schließung der Schule würde die deutsche Bevölkerung gezwungen, aus Pommerellen auszuwandern. Der geschlossene Vertrag müsse von beiden Teilen gehalten werden. Solange das deutsche Schulwesen von den Polen unterdrückt werde, würde die Deutschnationale Fraktion für polnische Schulen in Danzig keinen Pfennig bewilligen.

Der Schutz der Minderheiten.

Senator Dr. **Strunck** bat, die Vorlage anzunehmen. Volkstag und Senat hätten das Gesetz zum Schutze der polnischen Minderheit erlassen, das jetzt beachtet werden müsse. Es beständen zwar Bedenken gegen die Vorlage, weil viele Klagen vorgebracht würden, über die Handhabung der Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten durch Polen. Gegen die Schließung der Putziger Privatschule, die von einer Danzigerin geleitet wurde, habe der Senat Beschwerde geführt bei den diplomatischen Vertretern Polens in Danzig und bei dem Kommissar des Völkerbundes. Wenn der Beweis erbracht würde, daß Polen das Minderheitenschutzgesetz nicht beachte, könnten auch in Danzig ähnliche Maßnahmen getroffen werden. Solange das Gesetz bestehe, müsse es beachtet werden. Der Senat werde die Anwendung des Minderheitenschutzgesetzes in Polen beobachten. Der Vorlage möge man zustimmen.

Dem Stadtv. **v. Budzynski** ging die Vorlage nicht weit genug. Nicht nur einzelne polnische Klassen, sondern eine polnische Schule müsse errichtet werden. Er beantragte, die Zahl der Klassen von neun auf zehn zu erhöhen und dementsprechend auch die Zahl der Lehrkräfte festzusetzen.

Senator Dr. **Strunck** bat, diesen Antrag abzulehnen. Für 386 Schulkinder genügten neun Klassen. Außerdem habe die Erfahrung gelehrt, daß die Zahl mit der Zeit zurückgeht. Als Lehrkräfte würden Mitglieder des polnischen Lehrervereins aus dem Freistaat verwendet werden.

Stadtv. **Mau** (U. S. P.) wies darauf hin, daß bei Beratung des polnischen Schulgesetzes im Danziger Volkstag eine ziemliche Uebereinstimmung erzielt worden sei. Bei Reisen durch Pommerellen könne man feststellen, daß nur Handwerksmeister und Arbeiter in Pommerellen verblieben sind. Die organisierte Arbeiterschaft sei in den abgetretenen Gebieten die einzige Stütze der deutschen Kultur. Die Massenflucht der Lehrer und Beamten und Optanten habe Veranlassung zur Schließung der deutschen Schulen gegeben. Eine Ablehnung der Vorlage würde die Lage der deutschen Bevölkerung nicht verbessern. Deutsche und polnische Arbeiter hätten sich schon ausgesöhnt. Die Unabhängige Fraktion werde der Vorlage zustimmen, den polnischen Antrag jedoch ablehnen.

Stadtv. **Scheller** (Dtntl.) erklärte, daß die Auswanderung der Deutschen wegen der Unterdrückung durch die Polen erfolgte. Es sei Torheit, auf Verständigung zu hoffen.

Stadtv. **Ewert** (Zentr.) betonte, daß die Zentrumsfraktion der Vorlage beitreten werde. Die Einrichtung polnischer Klassen in deutschen Schulen würde zu Unzuträglichkeiten führen. Der polnische Antrag sei abzulehnen.

In der weiteren Debatte machte Stadtv. **Scheller** (Dtntl.) dem Senator Dr. Strunck den Vorwurf, daß er den Polen zu weit entgegenkomme, was dieser entschieden zurückwies.

Stadtv. **Brunzen** (Dtntl.) wies auf die Vertreibung der deutschen Domänenpächter in Polen hin, was auch vom deutschen Stadtv. Mau nicht gutgeheißen werden konnte.

Für den polnischen Antrag auf Vermehrung der polnischen Schulklassen stimmten nur die Polen. Er war somit abgelehnt. Auf Antrag Falkenberg fand über die Senatsvorlage namentliche Abstimmung statt. Sie wurde mit 81 gegen 19 deutschnationale Stimmen angenommen.

Auf Antrag des Stadtv. Dr. **Herrmann** (Dt. P.) sollte alsdann die Beratung der dringlichen Vorlagen des Senats über

die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

vorweg genommen werden. Die Linke erkannte jedoch die Dringlichkeit nicht an; da somit die Zweidrittelmehrheit für die sofortige Verhandlung nicht vorhanden war, mußte der Punkt der Tagesordnung vertagt werden.

Eine unabhängige Anfrage über das Verhalten des Standesbeamten in Langfuhr wurde von den Antragstellern zurückgezogen, weil der betreffende Beamte eine ausreichende Erklärung abgegeben habe. Eine demokratische Anfrage beschäftigte sich mit dem früheren Gouvernementsgarten auf Langgarten.

Senatsvertreter. **Bruhns** stellte die Verwendung dieses Geländes zu einem städtischen Park in Aussicht.

Die Deckung der Ausgaben aus Anlaß der Beamtenbesoldungsreform soll durch Mehreinnahmen an Steuern und aus den Erträgen des Zoppoter Spielklubs erfolgen.

Stadtv. **v. Budzynski** (Pole) wandte sich dagegen, daß die Besoldung der Beamten aus Spielklubgeldern erfolge.

Die Vorlage wurde vom Bürgerblock angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag verlangte die Entwässerung der städtischen Wiesen in Saspe und Bürgerwiesen.

Senatsvertreter **Bruhns** teilte mit, daß zur Entwässerung des Geländes in Bürgerwiesen eine Pumpanlage geschaffen werden soll.

Bei der ersten Lesung des Haushaltplans der Kirchenverwaltung gab Stadtv. **Kunze** (U. S. P.) die Anregung, diesen Plan verschwinden zu lassen und die notwendigen Ausgaben in den Etat der allgemeinen Verwaltung einzustellen. Der Etat wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen. Der städtische Forstaufseher Ernst Schwertfeger in Heubude wurde vom 1. Juli mit einem Ruhegehalt von 14 850 Mark in den Ruhestand versetzt. Mit der Verpachtung einer 2100 Quadratmeter großen Fläche auf dem Gelände der Artillerlewerkstatt an die Wein- und Spirituosengroßhandlung Marxen u. Schwaarkmann wurde zugestimmt. Dem Senat wurden weitere 10 000 Mark für Unterstützungszwecke in Notfällen zur Verfügung gestellt. Für Wiederherstellung der Jäschkenthaler Wiese wurden 12 000 Mark bewilligt.

Gegen ½8 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Danziger Nachrichten.

Der Schiedsspruch für die Danziger Werft.

Die Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung lehnte die Werftleitung, die immer mehr ihr „arbeiterfreundliches" Gesicht zeigt, rundweg ab, mit der Begründung, daß nach einer Statistik, die die Werftleitung sich selbst zusammengestellt hat, seit 1920 bis 1922 die Teuerung in Danzig um 208 Prozent, der Lohn in gleichem Zeitraum aber um 240 Prozent gestiegen sei, mithin bleibt noch a Konto des Lohnes 32 Prozent plus. Eine Lohnerhöhung erübrige sich deshalb.

Den Nachweis der Richtigkeit dieser Rechnung hat die Werft nicht erbracht. Daß die Leitung von ihrer eigenen Statistik nicht viel hält, beweist der Umstand, daß sie allen Handwerkern, Drehern, Maschinenbauern, Modelltischlern usw. bis zu 2 Mark pro Stunde über den Tarif zahlt, ehe daß sie dabei an die „Hundertmillionenschuld" denkt, die angeblich bei der Kämmereikasse Danzig sein soll. Der Schlichtungsausschuß hat folgenden Schiedsspruch gefällt:

Schiedsspruch zu § 4 des Tarifvertrages.

1. Die z. Zt. bestehenden Löhne und sämtliche Zulagen einschließlich der Sozialen Zulagen werden um 15 Prozent erhöht.
2. Die von den Arbeitnehmern geforderte Aufnahme einer neuen Ziffer 4 unter § 4 b des Tarifvertrages wird abgelehnt.
3. Die Lohnregelung tritt am 1. April 1922 in Kraft und kann mit einwöchiger Kündigungsfrist zum 1. Mai 1922 gekündigt werden.

Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 31. März 1922 einschließlich zur Erklärung über die Annahme des Schiedsspruches.

gez. Unterschrift.

Nach diesem Schiedsspruch würden sich die Grundlöhne ab 1. April wie folgt gestalten:

			Grundlohn		Soziale Zulage	
Vorarbeiter			8,05	Mk.	im Durchschnitt 0,83	Mk.
Gelernte Arb.	über 24	Jahre	7,71	„	„ 0,83	„
„ „	20—24	„	7,48	„	„ 0,83	„
„ „	unter 20	„	7,13	„		
Angelernte „	über 24	„	7,36	„	„ 0,83	„
„ „	20—24	„	7,03	„	„ 0,83	„
„ „	unter 20	„	6,44	„		
Ungelernte „	über 20	„	6,89	„	„ 0,83	„
Jugendliche	unter 15	„	1,84	„		
„	„ 16	„	2,65	„		
„	„ 17	„	3,10	„		
„	„ 18	„	3,91	„		
„	„ 19	„	4,71	„		
„	„ 20	„	5,18	„		

Die Zulagen für dauernde Lohnarbeiter, aber nur nach § 4 Abs. b des Tarifvertrages erhöhen sich ebenfalls um 15 Prozent und würden betragen nach Ziffer 1 1,73 Mark, nach Ziffer 2 1,50 Mark, nach Ziffer 3 1,05 Mark.

Die Arbeiterschaft der Werft wird heute über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches abstimmen.

Der kommunistische „Sieg" im Bauarbeiterverband

Die „Arbeiter-Zeitung" kann ihre nach Lenins Rezept vorgeschriebenen Verdrehungskünste nicht lassen. So versucht sie eine am Sonntag, den 19., vorgenommene Wahl zum Verbandstage im Deutschen Bauarbeiterverband als Erfolg für die kommunistische Partei hinzustellen, indem sie ihren Lesern erzählt, daß im Bauarbeiterverband als bisherige Hochburg der

Sozialdemokratie jetzt der Kommunist Fischer die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt habe und somit eine Bresche geschlagen sei. Gerade das Gegenteil von dem ist jedoch der Fall. Im Bauarbeiterverband zieht eine sich immer mehr zeigende Gesundung ein. Denn die Bauarbeiter wissen auf Grund ihrer jahrelangen gewerkschaftlichen Schulung und Erziehung zu gut, was eine von innen geleitete Organisation leisten und eine von außenstehenden unverantwortlichen Drahtziehern mißbrauchte Gewerkschaft ihnen Schaden bringen kann. Nicht zum erstenmal, wie es die „Arbeiter-Zeitung" versucht hinzustellen, wurde ein Kommunist im Bauarbeiterverband als Delegierter gewählt. Im Jahre 1920 wurde neben dem Geschäftsführer Brill der Zentrumskommunist Rezkowski — der vom Zoppoter Spielklubdirektorium einige tausend Mark bekam, bei Zoppoter Kapitalisten Geld sammelte, um angeblich eine Parteibücherei anzuschaffen, dieses Geld aber, wie er zu seiner Entschuldigung vor Gericht angab, zu Reisen verwandte, die er im Auftrage der kommunistischen Partei tat — zum Karlsruher Verbandstag gewählt, und im Jahre 1921 wurde der Kommunist Dirschauer zur Tiefbauarbeiterkonferenz nach Frankfurt a. M. gewählt. Also nicht zum erstenmal, wie die „Arbeiter-Zeitung" angibt, ist im Bauarbeiterverband ein Kommunist gewählt worden. Besieht man das Wahlresultat genau, so findet man bei dem ersten Blick, daß die Danziger Bauarbeiter sich freimachen wollen von irgendeiner Parteidiktatur, und daß sie nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geleitet werden wollen. Es wurden für die gewerkschaftlichen Kandidaten: Brill 958, Jasinski 150, Koch 418, Schönhoff 146 und Penner 97, im ganzen also 1767 Stimmen gezählt, dagegen für den kommunistischen Parteikandidaten Fischer nur 678 Stimmen. Dieses Stimmenergebnis trotz der angestrengten Wahlarbeit, die die Kommunisten leisteten, und trotz ihrer Parole, nur den Kandidaten Fischer zu wählen, während die andere Seite keine Wahlarbeit leistete, was am besten durch die schwache Wahlbeteiligung bestätigt wird. Trotzdem die Kommunisten also den letzten Mann herangeschleppt hatten, schnitten sie schlecht ab und erreichten nur etwas mehr als den dritten Teil der Stimmenzahl der gewerkschaftlichen Kandidaten. Wir wünschen den Kommunisten weiter solche „Siege".

Betrug bei der Kartoffellieferung.

Der Kaufmann Gustav Fröhlich in Danzig wurde vom Schöffengericht zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er bei einer Kartoffellieferung falsches Gewicht lieferte. Er und der Amtsanwalt legten Berufung ein und die Sache kam vor der Berufungsstrafkammer zur nochmaligen Verhandlung. Fröhlich lieferte an die Frauen in zwei Hospitälern Kartoffeln, die ihm vom Wohlfahrtsamt überwiesen waren. Jede Frau sollte 125 Pfund erhalten. Fröhlich wog aber nur 120 Pfund ein und schickte die gefüllten Säcke durch die Kutscher fort. Nach Angabe des Angeklagten hatte er kein passendes Gewicht, deshalb wog er nur 120 Pfund ein. Er hatte aber den Kutschern gesagt, sie sollten nach Schätzung in jeden Sack noch 5 Pfund Kartoffeln hinzu schütten. Nach den eidlichen Aussagen der Kutscher hat der Angeklagte selber 120 Pfund eingewogen und dies noch oft knapp. Dann nahmen die Kutscher die Säcke auf den Rücken und brachten die Kartoffeln fort. Der Angeklagte hat nichts davon gesagt, daß noch 5 Pfund hinzugetan werden sollten. Das Gericht gewann die Ueberzeugung, daß Fröhlich den Betrug gewollt hat und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. In zwei weiteren Fällen soll der Angeklagte zu wenig Kohlen und Briketts geliefert haben. Das Schöffengericht sprach ihn frei. Die Berufungsstrafkammer vertagte die Sache. Bei ihr sollen noch weitere Personen beteiligt sein.

Ermäßigte Sonderzüge nach dem Osten. Zur Erleichterung der Reise nach den Stationen in Ostpreußen werden am Dienstag, den 11. April (Woche vor Ostern) Sonderzüge hin und zurück abgelassen. Die Fahrpreise sind sehr ermäßigt. Die Beförderung der Züge ist schnellzuggemäß. Der Fahrplan ist folgender: Ab Stadtbahn Charlottenburg 8 Uhr 25 Min. abends, Schlesischer Bahnhof 9 Uhr 10 Min., an Marienburg 5 Uhr 87 Min. früh, an Königsberg 8 Uhr 13 Min. vormittags; zurück von Königsberg 7 Uhr 24 Min. abends, ab Marienburg 10 Uhr 1 Min. abends, an Berlin (Schlesischer Bahnhof) 5 Uhr 59 Min. früh, an Charlottenburg 6 Uhr 27 Min. Die Fahrkarten gelten zwei Monate hin und zurück für alle Fahrplanzüge.

Eine sozialdemokratische Frauenversammlung tagte am Donnerstag in der Aula der Hilfsschule Heilige Geistgasse. Sie war stark besucht. Genosse Dr. Bing hielt einen Vortrag über das Thema: Der Sozialismus in der Karikatur. Im ersten Teil zeigte Redner an Hand von Lichtbildern die Auffassung des Bürgertums vom Wesen des Sozialismus und die Verhöhnung der sozialistischen Idee durch die bürgerlichen Witzblätter. Im zweiten Teil schilderte er die Abwehr der Sozialdemokratie und deren Angriff auf die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Einige Musikvorträge ergänzten das weitere Programm und trugen wesentlich zur Ausgestaltung des Abends bei.

Diebstahl am Neujahrstage. Wegen eines Motorendiebstahls hatten sich vor der Strafkammer zu verantworten der Landwirt G. E., der Berufssoldat P. B. und der Viehhändler P. R. E. und R. sind von außerhalb nach Danzig gekommen und wollten hier angeblich ein Fouragegeschäft gründen. Sie wohnten in Danzig zusammen und sind jetzt in Haft. B. ist nicht erschienen. Die Verhandlung gegen ihn mußte vertagt werden. B. hatte in Langfuhr eine Gelegenheit ausgekundschaftet, wo er einen Motor stehlen konnte. Er erzählte dem E. und R., daß er in Langfuhr einen Motor gekauft habe und die beiden möchten doch am Neujahrstage nachmittags mitkommen und den Motor abholen. B. reichte dann dem R. aber den Zaun einen Motor aus dem Hause in der Birkenallee. Der Besitzer des Motors wußte aber davon nichts, denn es wurde einfach am hellen Tage ein Diebstahl ausgeführt. Der Motor wurde dann nach Danzig in die Wohnung des R. und E. gebracht und dann von B. für 1500 Mark verkauft. Das Gericht verurteilte R. wegen Beihilfe zum Diebstahl zu 8 Monaten Gefängnis. E. wurde freigesprochen, da nicht erwiesen ist, daß er wußte, daß der Motor gestohlen war.

Ohra. Der Gemeindevorstand beruft zu Freitag, den 31. März, nachmittags 6 Uhr, nach § 106 der Landgemeindeordnung, d. h. daß ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen die Gemeindevertretung beschlußfähig ist, nach dem Rathause eine Gemeindevertretersitzung mit nachfolgender Tagesordnung ein: 1. Besoldungsordnung für die Beamten der Gemeindeverwaltung, 2. Eingruppierung der Angestellten in den Vergütungstarif, 3. Neuwahl eines Mitgliedes der Ortsarmenkommission an Stelle von Fellan, 4. Abänderung der Freibankordnung, 5. Abänderung der Hundesteuerordnung, 6. Entschädigung des Standesbeamten, 7. Prozeß gegen Jankowski. — Die Drahtzieher Hoppenrath und Rewaldt werden nun zu überlegen haben, ob sie die Gemeindevertretung, wenn diese nicht nach ihrem Interessenwillen handelt, weiter sabotieren wollen; tun sie es, dann muß und wird auch ohne sie die Gemeindevertretung ihre Geschäfte erledigen.

Schwetzenburg. Schadenfeuer. Montag nachmittag 5 Uhr ging die mit Futtervorräten gefüllte Scheune des Gutsbesitzers Prohl in Flammen auf, während er in Danzig an landwirtschaftlichen Tarifverhandlungen teilnahm. Ein Dreschkasten wurde vom Feuer vernichtet. Die Entstehungsursache des Brandes wird auf Brandstiftung zurückgeführt, da Prohl in letzter Zeit Drohbriefe erhalten haben soll.

Tiegenhof. Zur Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung sind 5 Wahlvorschläge eingereicht. Die Liste der Sozialdemokraten enthält folgende Kandidaten: Dreher Otto Prohl, Maschinist Paul Schmolowski, Müllereiarbeiter Gustav Stamm, Heizer August Wohlgemuth, Arbeiter Heinrich Will, Maurerpolier Jakob Schmidt, Dreher Andreas Pohl, Arbeiter Wilhelm Henkel, Zimmermann Heinrich Stein, Arbeiter Johann Schulz, Wilhelm Nimmerjahn, Martin Andres, Wilhelm Henkel, Gottfried Hasenpusch, Friedrich Schönhoff, Peter Groening, Johann Joost, Tischler Heinrich Krupke. Die Liste der Zentrumspartei führt der Pfarrer Spohn, die der Deutschnationalen Kaufman Penner. Außerdem liegen zwei „unpolitische" bürgerliche Listen als Produkt der versuchten Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien vor. Unsere Genossen müssen alle Kräfte einsetzen, um die am 2. April stattfindende Wahl zu einem vollen Erfolg unserer Partei zu gestalten. Nützet die letzten Tage zur unermüdlichen Werbearbeit!

Neuteich. Mißbrauchtes Vertrauen. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins erläßt folgende Erklärung: Hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß der Landesvorstand auf Grund des § 15 des Organisationsstatutes die Herren Stadtverordneten Gustav Noth und Peter Schulz aus der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig ausgeschlossen hat. Auf Grund dieses Landesvorstandsbeschlusses lehnen wir hierdurch die Verantwortung für deren Handlungen in der städtischen Körperschaft ab, da die Genannten nicht mehr unserer Fraktion angehören. Wir knüpfen an diesen Beschluß die Hoffnung an, daß die genannten Herren so moralisch veranlagt sind und die Konsequenzen hieraus ziehen und der hiesigen sozialdemokratischen Wählerschaft ihre Mandate zur Verfügung stellen. — Die Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung mit 10 gegen 8 Stimmen die Ausschreibung der im November freiwerdenden Bürgermeisterstelle beschlossen. Von der Minderheit wurde wegen eines Formfehlers in der Beschlußfassung Protest erhoben, so daß es zu einer nochmaligen Beschlußfassung kommen dürfte.

Aus dem Osten.

Marienburg. Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern vormittag auf dem Bahnhof zugetragen. Mit dem um 11 Uhr von Königsberg ankommenden Zuge fuhr auch eine Flüchtlingsfamilie Star, die sich nach Berlin begeben wollte. Während die Eltern schliefen, lehnte sich der achtjährige Sohn Erich zum Fenster hinaus. Unglücklicherweise war die Tür des Abteils jedoch nicht geschlossen, durch irgendwelche Erschütterungen öffnete sie sich und der bedauernswerte Junge stürzte hinaus. Er wurde besinnungslos ins Diakonissenhaus transportiert, wo schwere Kopfverletzungen festgestellt wurden.

Marienburg. Das polnische Visum für Pässe und Personalausweis nach Danzig und zurück kostet nach wie vor 40 Mark, und nicht 400 Mark, wie gemeldet wurde.

Elbing. Ein großer Schmuggel und Steuerhehlerei beschäftigten in vierzehnstündiger Verhandlung das Elbinger Schöffengericht. Angeklagt waren die Kaufleute Hermann Fischer-Memel, Ernst Balzereit-Elbing und 9 weitere Kaufleute. Im April 1921 sandte Fischer an Balzereit einen Waggon, dessen Inhalt als Schneidebohnen angegeben worden war, in dem sich aber — außer 26 Faß Schneidebohnen — 9 Faß Weinsprit und 20 Faß Kaffee befanden. Die Fässer mit Kaffee waren in Oeltonnen gestellt und diese sowohl wie die Fässer mit Sprit von den Schneidebohnenfässern umgeben, so daß sie der Zollbehörde nicht auffallen sollten. Jedes Faß Kaffee enthielt zwei Zentner. Balzereit verkaufte einen Teil der Waren an die andern Angeklagten. Die Zollbehörde kam jedoch hinter die Schiebung und beschlagnahmte die noch vorhandenen Waren. Die Steuerhinterziehung beläuft sich auf etwa 200 000 Mark. Fischer wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 600 000 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle ein ferneres Jahr Gefängnis, und Balzereit zu 3 Monaten Gefängnis, die auf die Untersuchungshaft angerechnet werden, ferner 545 000 Mark Geldstrafe oder ersatzweise ein weiteres Jahr Gefängnis verurteilt. Fischer und Balzereit zahlen außerdem wegen Branntweinsteuerhinterziehung jeder 60 401,91 Mark. Die übrigen Beschuldigten wurden mit kleinen Geldstrafen belegt.

Elbing. Beim Stubbensprengen getötet. Der Arbeiter Gottfried Aust, der im benachbarten Dörbeck Stubben sprengte, kehrte Freitag abend nicht nach Hause zurück. Als man Sonnabend Nachforschungen anstellte, fand man ihn auf seiner Arbeitsstätte durch einen zu früh losgegangenen Sprengschuß getötet als Leiche vor.

Schneidemühl. Wegen gewerbsmäßiger Abtreibung hatten sich vor dem Schwurgericht ein Reiseader Schubeck und ein Eisenbahnarbeiter zu verantworten. Ein Dienstmädchen war an dem Eingriff gestorben. Schubeck wurde zu sieben Jahren, sein Genosse zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit diesen beiden Hauptangeklagten waren 30 Frauen und Mädchen der Abtreibung beschuldigt. Sie erhielten 5 und 7 Monate Gefängnis.

Stettin. Festnahme einer Gaunergesellschaft. Ein falscher Kriminalbeamter, der einer Frau einen recht üblen Streich gespielt hat, wurde von der Berliner Kriminalpolizei mit seinen Spießgesellen zusammen festgenommen. Ein gewisser Hinz kannte in Stettin eine Frau K., von der er wußte, daß sie aus gewissen Gründen nicht gern mit der Kriminalpolizei in Berührung kam. Er überredete darauf einen seiner Bekannten, der Otto hieß, bei dieser Frau den Kriminalbeamten zu spielen und ihr ihre Wertsachen zu „beschlagnahmen". Die Frau ließ sich auch einschüchtern, und Otto beschlagnahmte für 25 000 Mk. Schmucksachen. Mit ihrer Beute fuhren die beiden Schwindler nach Berlin. Schließlich kamen aber wirkliche Kriminalbeamte dem falschen Kollegen und seinen Helfershelfern auf die Spur und nahmen die ganze Gesellschaft fest.

Aus aller Welt.

Auf dem Drahtseil über den Niagara. Die Behörden von Buffalo haben einer Engländerin eine Wette verboten, die darin bestand, auf einem gespannten Seil über den Niagarafall zu laufen. Die Behörden erinnern daran, daß vor einem Jahre einem Engländer verboten wurde, in Ausführung einer Wette sich in einem Faß über den Fall herabschwimmen zu lassen.

Im D-Zuge um 250 000 Mark beraubt wurde ein Magdeburger Geschäftsmann. Er hatte das Geld in einer Handtasche mitgenommen, schlief in seinem Abteil ein, und als er in Berlin erwachte, fand er nur seine Zeitung in der Handtasche vor. Seine Mitreisenden waren aus dem Abteil verschwunden.

Rückkehr der letzten Avignon-Gefangenen? Nach vierjähriger Gefangenschaft in Frankreich ist der Sohn eines Karlsruher Masseurs zurückgekehrt. Er erklärte, daß in vierzehn Tagen der Rest der noch in Avignon festgehaltenen deutschen Gefangenen nach der Heimat zurückbefördert werden solle.

Der „Bismarck" als englisches Luxusschiff. Der größte Dampfer der Welt hat gestern abend Hamburg verlassen, um nach einer kurzen Probefahrt den Kurs nach England zu nehmen. Wie schon kürzlich mitgeteilt, geht der deutsche Riesendampfer „Bismarck" auf Grund einer Bestimmung des Friedensvertrages an die englische White Star Line über. Einige Zahlen genügen, um von den Größenverhältnissen des „Bismarck" eine Vorstellung zu erhalten. 40 Meter hoch, also etwa soviel wie zwei vierstöckige Häuser übereinander, liegt die obere Kommandobrücke über dem Kiel. Neun Decks teilen den Raum dazwischen, und zwar fünf durchlaufende Stahldecks, darüber im Vorderschiff zwei Teildecks, im Mittelschiff vier Brückendecks und im Hinterschiff ein geteiltes Raumdeck. Die Gesamtlänge des 56 500 Bruttoregistertonnen (also etwa 8600 Tonnen mehr als der „Imperator") fassenden Schiffes beträgt 291 Meter, die Breite 30,5 Meter, der Tiefgang 11 Meter. Die Feuerung des Schiffes erfordert jeden Tag vier Millionen Mark. Die Kesselanlagen sind für Oelfeuerung eingerichtet. Die Maschinenanlage leistet 61 000 Pferdekräfte und verleiht dem Schiff mittels vier Schrauben eine Fahrgeschwindigkeit von 22 bis 23 Seemeilen die Stunde. Das Personal umfaßt rund 1000 Köpfe. Im April 1913 war auf der Werft von Blohm und Voß der Kiel gesteckt worden. Der Riesendampfer, dessen Bau drei Milliarden Papiermark verschlungen hat, soll unter dem Namen „Majestic" als englisches Luxusschiff die Meere durchkreuzen.

Der Werdegang des Frauenmörders Großmann bildet augenblicklich den Gegenstand eifrigster Durchforschung durch bekannte Berliner Gerichtsärzte und Pathologen. Es sind Nachforschungen nach den Familienverhältnissen des Großmann angestellt worden, die manches Interesse für die Lehre von der Vererbung pathologischer Eigenschaften ergeben haben. Der Vater des Großmann war Gewohnheitstrinker und hat im Delirium wiederholt schwere Exzesse verübt. Der Bruder ist in der Irrenanstalt in der Wahnvorstellung verstorben, er sei ein mächtiger türkischer Pascha, dem alle Frauen, die er auch nach Belieben martern und töten könne, untertan seien. Großmann selbst zeigte von Jugend auf die Neigung, Tiere und später Menschen zu foltern, las bestimmte Romane des Marquis de Sade und ähnliche Erzählungen. Die psychiatrische Untersuchung des Großmann, die schon bisher außerordentlich wertvolle Fingerzeige bezüglich der Entstehung gewisser geistiger Abnormitäten ergeben hat, wird aus wissenschaftlichem Interesse mit der allergrößten Sorgfalt ausgeführt und wird voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß mit einer Terminansetzung vor dem Schwurgericht vorläufig noch nicht zu rechnen ist.

Versammlungs-Anzeiger

Jungsozialistengruppe. Am Donnerstag, den 30. März, abends 7 Uhr, Versammlung im Heim der Arbeiterjugend Danzig, Weidengasse 2, Reiterkaserne, Zimmer 81. Genosse Massow spricht über „Unser Parteiprogramm". Die Mitglieder werden aufgefordert, vollzählig zu erscheinen. Gäste willkommen.

Verein Arbeiterjugend, Danzig-Stadt.

Mittwoch, den 29., abends 7 Uhr im Heim, Weidengasse 2, Reiterkaserne, Zimmer 81, Lichtbildervortrag des Genossen Dr. Bing: „Die Schädlichkeit des Alkohols". Die Mitglieder werden aufgefordert, vollzählig zu erscheinen. Parteigenossen und Gäste willkommen.

Arbeiter-Jugendbund.

Morgen, Donnerstag, abends 6 Uhr, im Sekretariat: Sitzung des Zentralvorstandes und der engeren Ortsleitungen.

Danziger Nachrichten.

Um den polnische Munitionslagerplatz im Hafen.

Eine Entscheidung des Vorsitzenden des Hafenausschusses. — Die Verantwortung dafür lehnt der Hafenausschuß ab.

Wie wir erfahren, ist die Frage der Auswahl eines Platzes für die Niederlage polnischer Munition und Explosivstoffe im Danziger Hafen heute durch den Senat der Entscheidung des Oberkommissars, gemäß Artikel 89 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920, unterbreitet worden.

Wie erinnerlich hatte der polnische Vertreter beim Völkerbund, Professor Askenazy, im März 1921 an den Rat des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn bat, grundsätzlich zu der Frage Stellung zu nehmen, wie Polen der freie Zugang zum Meere nachdrücklicher als bisher gesichert werden könnte. Unter den 4 Forderungen, die er im besonderen aufstellte, lautete die zweite, daß besondere Niederlagen nahe dem Weichselufer ausschließlich für Munition, Explosivstoffe und leicht entzündliche Gegenstände, die nach Polen bestimmt sind, vorgesehen sein sollten.

Die Angelegenheit wurde auf die Tagesordnung der Verhandlungen vor dem Rat des Völkerbundes Ende Juni 1921 gesetzt. Der Berichterstatter für die Danziger Fragen, Baron Ishii, legte hierzu dem Rat einen Bericht vor, in dem es über diesen Punkt hieß, daß dies lediglich eine Verwaltungsfrage wäre, die gemäß Artikel 26 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 durch den Hafenausschuß erstinstanzlich zu regeln sei.

In einer anschließenden Kommissionsverhandlung kamen die Danziger und polnischen Vertreter dahin überein, daß der betreffende Platz genügend entfernt und möglichst isoliert von den Wohnstätten der Stadt liegen sollte, indem es dem Hafenausschuß überlassen wurde, die für die Sicherheit der Freien Stadt notwendigen Schutzmaßnahmen zu bestimmen. Die Danziger Vertreter erhoben von vornherein den schärfsten Einspruch dagegen, daß die Holminsel als geeigneter Platz in Frage käme.

Da über die Lage des Platzes zwischen den Danziger und polnischen Mitgliedern des Hafenausschusses keine Einigung erzielt werden konnte, kam es zu einem Vorschlag des Präsidenten des Hafenausschusses an die beiden Regierungen, den er diesen im Dezember 1921 übermittelte. Er schlug vor, eine Unterscheidung des Kriegsmaterials in gewöhnliches und explosibles vorzunehmen und für ersteres die Südwestecke des ehemaligen U-Boot-Hafens auf dem Holm zu bestimmen. Explosivstoffe sollen grundsätzlich nicht über den Danziger Hafen eingeführt werden, sondern den Weg über Gdingen nehmen. Bis zur Vollendung des Ausbaus dieses Hafens sollten sie provisorisch, unter Beachtung genau bestimmter Vorsichtsmaßregeln gleichfalls am Holm gelöscht werden. Eine Einigung der beiden Regierungen hierüber war aber nicht zu erzielen, und so erfolgte, gemäß Artikel 19, 4 der Danzig-polnischen Konvention, eine Entscheidung des Präsidenten des Hafenausschusses vom 11. März, die folgendermaßen lautete:

> In meinem Schreiben vom 7. Dezember 1921 habe ich versucht, meiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß, **wenn man die Frage in völliger Sachkenntnis prüft, und der Gesamtheit der mitsprechenden Tatsachen Rechnung trägt, es materiell nicht möglich ist, im Danziger Hafen einen Platz zu finden, den man zur Entladung, zur Niederlage und zur Weiterbeförderung von Explosivstoffen anweisen könnte, ohne den eigentlichen Hafen und die Stadt Danzig selbst der Gefahr auszusetzen, die eine Explosion mit sich bringt.**
>
> **Deshalb bin ich veranlaßt, zu erklären, daß meiner Ansicht nach in dem Hafen von Danzig kein den Bestimmungen des erwähnten Abkommens entsprechender Platz existiert, wie er gemäß den Ausdrücken „Entfernung und Absonderung" verstanden werden muß, so daß das Kriegsmaterial, Sprengstoffe mit einbegriffen, entladen, eingelagert und weiterbefördert werden könnte, ohne daß die Stadt Danzig einer tatsächlichen Explosionsgefahr ausgesetzt sein würde.**

Unter Berufung auf das Uebereinkommen, das auf Grund der Entscheidung des Völkerbundrates getroffen worden ist und wonach Polen die Möglichkeit gegeben werden muß, sein Kriegsmaterial durch Danzig einzuführen, „unter den am wenigsten gefahrdrohenden Bedingungen" für die Freie Stadt, folgert jedoch der Vorsitzende des Hafenausschusses, daß die beiden Regierungen das Vorhandensein von Gefahren ins Auge gefaßt haben, und sie die Verantwortung übernehmen für die Gefahren, die eine entsprechende Lösung der Frage in sich schließt. Im Gegensatz zu seinen vorstehend wiedergegebenen Ausführungen fährt er dann fort:

> Nachdem ich vergebens versucht habe, die beiden Regierungen zu einer Uebereinstimmung zu bringen, erneuere ich infolgedessen — diesmal als Entscheidung — die Bestimmung des im § 25 meines Schreibens vom 7. Dez. 1921 erwähnten Teiles des Passus der Holminsel. Dieser Platz ist tatsächlich leicht zu benutzen und ich bin überzeugt, daß die Mißstände technischer Art, die der Generalkommissar in seinem Schreiben vom 28. Februar 1922 anführt, beseitigt werden können, indem man Kranvorrichtungen anlegt und die Schienenwege verlegt.
>
> Es ist wohl zu beachten, daß der Transport, die Entladung, die Niederlage und die Weiterbeförderung von Kriegsmaterial den Verordnungen, die seitens des Hafenausschusses für nötig erachtet werden, unterworfen sein müssen und daß **diese Arbeiten im ganzen und im einzelnen unter der vollen und uneingeschränkten Verantwortlichkeit der polnischen Regierung vor sich gehen müssen. Weder der Hafenausschuß selbst noch irgendeines seiner Verwaltungsorgane oder irgendein Mitglied seines Personals dürfen unter irgendwelcher Vorgabe verantwortlich gemacht werden für alle Folgen, die durch die Anwesenheit von Kriegsmaterial irgendwelcher Art auf der Reede, im Hafen, auf den Wasserwegen oder auf den Schienenwegen entstehen können, welcher Art diese Folgen auch sein mögen.**"

Gegen diese merkwürdige Entscheidung des Vorsitzenden des Hafenausschusses hat sowohl die Danziger wie auch die polnische Regierung Einspruch eingelegt.

Das neue Hartgeld. Das schon vor längerer Zeit angekündigte neue Hartgeld scheint nun endlich Wirklichkeit werden zu wollen. Der Reichsrat hat vor einigen Tagen ein Gesetz beschlossen, das den Ersatz des Silbergeldes seligen Angedenkens durch Münzen in einem andern Metall vorsieht. Sobald das Gesetz die Billigung des Reichstages gefunden haben wird, was noch im April der Fall sein dürfte, kann mit der Ausprägung der neuen Münzen begonnen werden. Als Material für die neuen Münzen wird wahrscheinlich Aluminium mit Kupfereinlage gewählt werden. Die Werte, zwei, drei und fünf Mark sollen in dieser Art geprägt werden, während für das Markstück rein Aluminium vorgesehen ist. Es wurden noch andere Materialien geprüft, u. a. veraluminiertes Zinn und veraluminiertes Eisen, aber sie dürften kaum in Frage kommen. Ein Hamstern wäre, nebenbei bemerkt, ganz unsinnig, da die Münzen kaum ein Viertel ihres Nennwertes wert sind.

Die Freigabe des Milchwuchers.

Die Höchstpreise für Milch und Butter aufgehoben!

Der Senat hat eine Verordnung beschlossen, wonach ab 1. April sämtliche Verordnungen und Bekanntmachungen über den Verkehr mit Milch und Butter aufgehoben werden, so daß die Höchstpreise für Milch und Butter wegfallen und der Verkehr mit Milch auch für Erholungsstätten und Gastwirtschaften und die Herstellung von Butter im ganzen Freistaat frei ist.

Eine neue Verordnung bestimmt: Die Herstellung aller Arten Käse wird mit der Einschränkung und unter der Bedingung freigegeben, daß die Milchzufuhr nach Danzig und Vororten dem Milchbedarf entspricht. Der Senat wird die jeweilig zur Versorgung Danzigs erforderliche Milchmenge den Molkereien und Käsereien aufgeben und gegebenenfalls die Käseherstellung einschränken. Es ist verboten, geschlagene Sahne (Schlagsahne) oder Sahnenpulver jeglicher Art gewerblich herzustellen und zu verkaufen. Auch Schlagsahne und Sahnenpulver aus ausländischer Milch oder sonstigen ausländischen Milchprodukten darf weder hergestellt noch verkauft werden. Zum Handel mit Milch sind ohne weiteres diejenigen Händler, die am 31. 3. 22 mit Milch gehandelt haben, berechtigt. Zur Errichtung einer neuen Verkaufsstelle und zur Aufnahme des Milchhandels ist die Genehmigung der zuständigen Kommunalbehörde erforderlich.

Für Uebertretungen dieser Bestimmungen werden Geldstrafen bis zu 10 000 Mk. und Gefängnis bis zu 1 Jahr angedroht.

Mit der Aufhebung der Höchstpreise für Milch und Butter haben die deutschnationalen Interessenten einen Sieg errungen, unter dem die Hausfrauen am schwersten leiden werden. Denn ganz selbstverständlich werden jetzt die Preise für diese Artikel in die Höhe schnellen, wie das bei den anderen Waren ebenfalls der Fall war. Wie Ironie mutet es an, daß andererseits einige Abgeordnete der Deutschnationalen und Zentrumspartei eine große Anfrage an den Senat richten, in der Maßnahmen gegen die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise, insbesondere der für Fleisch, Käse und Milch, gefordert werden. Die Antwort haben diese Abgeordneten, die sich ja bisher an dem Preiswucher mitschuldig gemacht haben, bereits durch die neue Verordnung des Senats erhalten. Und zwar denkt der Senat nicht an einen Schutz der Bevölkerung gegen Auswucherung, sondern er beseitigt auch noch die letzten Schranken, die die Interessenten an der rücksichtslosen Ausbeutung hinderten.

Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Anrufung des Tarifamtes.

Am gestrigen Tage wurden die am vorigen Dienstag vertagten Lohnverhandlungen im Baugewerbe wieder aufgenommen. Die Arbeiterorganisationen haben dem Arbeitgeberverband einen Vertragsentwurf überreicht, dieser hat darauf einen Gegenentwurf ausgearbeitet. In beiden Sitzungen ist man weder zur Behandlung des Vertragsentwurfs noch zum Gegenentwurf gekommen, sondern man beschäftigte sich nur mit der Frage, wer Vertragskontrahent werden soll. Der Arbeitgeberverband hat einem Antrag der polnischen Berufsvereinigung stattgegeben und diese, die bis dahin noch nicht Vertragskontrahent war, nun zu den Verhandlungen geladen. Gegen diese eigenmächtige Ladung erhoben die Arbeiterorganisationen Einspruch und forderten entsprechend, daß sämtliche Bauarbeiterorganisationen auch Vertragskontrahenten am Poliervertrage werden. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen erklärten, daß sie gegen die Hinzuziehung der polnischen Berufsvereinigung nichts einzuwenden haben würden, wenn diese erklärt, daß die gegen die deutschen Kollegen in Pommerellen angewandten Schikane aufhören. Diese Erklärung wurde gestern durch die Vertreter der polnischen Berufsvereinigung abgegeben. Es wäre zu wünschen, daß es nicht nur bei der Erklärung bleibt, sondern auch danach gehandelt wird. Der Polierbund hat dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß er darauf besteht, daß keine andere Organisation als nur er, Vertragskontrahent für den Poliervertrag ist und auch bleibt. Die Arbeiterorganisationen bestehen jedoch darauf, unter allen Umständen am Poliervertrage beteiligt zu sein und machen den Abschluß des allgemeinen Tarifvertrages davon abhängig. Dadurch wurde ein Verhandeln über den Tarifvertrag überflüssig und man versuchte eine Einigung über den vom 1. April zu zahlenden Lohn zu erzielen. Aber auch darüber war eine Einigung nicht zu erzielen. Schließlich einigte man sich, das Tarifamt anzurufen und dieses noch in dieser Woche tagen zu lassen. Als unparteiischer Vorsitzender wurde der Landgerichtsdirektor Dr. Ahlbrecht gewählt.

Wie wir erfahren, fordern die Bauarbeiter die Zahlung der deutschen Löhne und sind sie entschlossen, ihre Forderung auch durchzusetzen.

Aus dem Volkstag.

Auf eine kleine Anfrage bezüglich der Verpachtung der Ländereien in den Außendeichen antwortet der Senat: Es trifft nicht zu, daß ein Vorrecht der Hofbesitzergenossenschaften hinsichtlich der fiskalischen Außendeichländereien rechtlich besteht oder tatsächlich gewährt wird. Der fiskalische Besitz im Außendeichland rührt größtenteils aus den Enteignungen her, die zwecks Regulierung der Weichsel vorgenommen sind. Die Nutzung erfolgt teilweise in Eigenwirtschaft (Aufnahme von Weidevieh), teilweise durch Verpachtung. Die Verpachtung erfolgt auf 6 Jahre. Bei der ersten Verpachtung im Jahre 1919 ist aus Billigkeitsrücksichten ein Teil des Landes an die früheren Besitzer verpachtet, denen das Land enteignet war. Bei der Neuverpachtung im Jahre 1918 konnten sämtliche erhobenen Pachtanträge berücksichtigt werden. Bewerbungen von Kätnern und Freiarbeitern sind kaum vorgekommen. Für die Verpachtung 1922 werden gegenwärtig die Pachtanträge gesammelt. Es ist erwünscht, daß sich die Pachtlustigen zu Weidegenossenschaften zusammenschließen, da es nicht möglich ist, für eine sehr große Zahl von kleinen Weideparzellen das erforderliche Begrenzungsmaterial und Gelegenheit zum Viehtränken zu beschaffen. Ein Privilegium der Grundbesitzer besteht nicht.

Verhinderter Käseschmuggel. Am Sonnabend abend beschlagnahmte die Schutzpolizei zirka 8 Zentner Schweizerkäse im Werte von 36 000 Mark, der obwohl Ausfuhrverbot für Käse besteht, nach Polen verschoben werden sollte. Die Täter, die Gebrüder Abraham und Hirsch Burscha, geborene Polen, wollten den Käse in Schließkörben verpackt, auf eine Droschke laden und zum Bahnhof fahren.

Letzte Nachrichten.

Radek und Stinnes.

Der „Vorwärts" schreibt: Die Verhandlungen der Sowjetrussen mit Poincaré zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erhalten jetzt ein Seitenstück durch die Bemühungen Radeks, mit dem Stinnes-Konzern in nähere Fühlung zu treten. Während die kommunistische Presse sich nicht genug daran tun kann, jedesmal von einer Stinnesierung zu sprechen, wenn im republikanischen Deutschland eine ihr verdächtig erscheinende Maßnahme durchgeführt wird, hat Radek am vergangenen Donnerstag gleich nach seiner Ankunft seine Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern wieder aufgenommen. Am Freitag fand darauf eine Sitzung des deutsch-russischen Vereins im Hotel Esplanade statt. Auf dieser Sitzung hielt Konsul Graap eine Rede, in der er betonte, wir könnten jetzt nicht mehr warten, sondern müßten möglichst bald in den Handel mit Rußland eintreten. Es müßten jedoch reale Garantien gefordert werden. Hierbei sei in erster Linie an die russischen Eisenbahnen zu denken.

Wie wir hören, ist Radek mit dem Projekt einer Uebergabe der Eisenbahn an das Privatkapital einverstanden, nicht aber Krassin. Deshalb hielt man es für nötig, schnell zu verhandeln, ehe noch Krassin auf der Bildfläche erscheint. Radek will sein Ziel dadurch erreichen, daß er das monopolistisch gerichtete Außenhandelskommissariat mit dem mehr freihändlerisch orientierten Kommissariat für den Handel zu einem Handelsministerium zusammenlegen möchte, wodurch die Hemmnisse für seine Bestrebungen beseitigt werden.

Ob das gelingt, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist das Liebeswerben des russischen Sowjetagitators zugleich ein Beweis für die Unwahrhaftigkeit der kommunistischen Propaganda und ein erschütterndes Zeichen der Notlage Sowjetrußlands, das bei demselben Kapital Hilfe sucht, dessen Anschlag auf die deutschen Eisenbahnen von der „Stinnes-Republik" (so heißt es dort in der kommunistischen Propaganda) abgewehrt worden ist.

Danziger Stadttheater.

Gastspiel auf Anstellung.

Auch wenn man den Einfluß von Witterungsunbilden, langer Reise und der mit einem Probegastspiel stets verbundenen äußeren Schwierigkeiten außer Rechnung setzt, hielt sich die Leistung, die uns Maya Longin vom Landestheater in Detmold gestern in der Rolle der Rosine bot, innerhalb bescheidener Grenzen. Der Mangel an jenem Maß von Liebreiz und Jugendfrische, welches gerade diese Figur beansprucht, ließ sich durch ein recht temperamentvolles und bewegtes Spiel nicht voll ersetzen. Die Stimme, der bei mittlerem Umfange eine recht wohlklingende Färbung eigen ist, ließ jedoch in den Koloraturen — und für dies Fach kommt ein Engagement in Frage — die nötige Technik vermissen; hier folgte die Tongebung nur hart und unnachgiebig bei oft mangelnder Treffsicherheit. Im 3. Akte war der Gesang freier und weicher, trotz einer recht merklichen engen Begrenzung in den oberen Lagen.

Es dürfte jedenfalls kein Grund zu einer übereilten Anstellung bestehen — in früheren Zeiten begnügte man sich nur in eindeutigen Fällen mit einem Gastspiel, sondern nahm Gelegenheit zu intensiverer Prüfung —, zumal das Verlangen nach Verbesserungen sich berechtigterweise bemerkbar macht. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß Danzig für sein Theater keinen Anspruch auf beste Kräfte erheben dürfe; wie falsch das ist, zeigt ein Rückblick auf frühere Spielzeiten, wo Künstler wie Maurick, Tänzler, Hösl, Doering, Förster, Kerzmann, Droste, Runkel u. v. a. an dieser Stelle wirkten, deren Namen bei heute zu ziehenden Vergleichen doch recht ernst stimmen müssen.

Verus.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	8,25	am Vortage		8,37
Amer. Dollar .:	335	„	„	340
Englisches Pfund:	1450	„	„	1495

Wasserstandsnachrichten am 29. März 1922.

	26. 3.	27. 3.			
Zawichost	+ 2,10	+ 2,58	Kurzebrack	+ 2,58	+ 2,60
	27. 3.	28. 3.	Montauerspitze	+ 2,26	+ 2,22
Warschau	+ 1,75	+ 1,96	Piechel	+ 2,40	+ 2,36
	26. 3.	27. 3.	Dirschau	+ 2,70	+ 2,65
Plock	+ 1,70	+ 1,67	Einlage	+ 2,54	+ 2,62
	28. 3.	29. 3.	Schiewenhorst	+ 2,60	+ 2,70
Thorn	+ 2,17	+ 2,21	Nogat:		
Fordon	+ 2,06	+ 2,11	Schönau O. P.	+ 6,68	+ 6,63
Culm	+ 1,95	+ 2,04	Galgenberg O. P.	+ 4,64	+ 4,64
Graudenz	+ 2,20	+ 2,26	Neuhorsterbusch	+ 2,06	+ 2,02
			Anwachs	+ 1,06	+ 1,20

Volkswirtschaftliches.

Auch Stinnes beteiligt Arbeiter am Aktienbesitz. Bei seiner Kapitalserhöhung sieht nunmehr auch das Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk die Beteiligung der Arbeiter bei der Aufnahme von Aktien vor. Es sollen 25 000 auf den Namen lautende Aktien herausgegeben werden, die den Arbeitern angeboten werden. Stinnes, der in diesem Werk eine führende Stellung einnimmt, folgt hiermit dem Beispiel Krupps, der, wie bekannt, die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten seines Unternehmens am Aktienbesitz durchgeführt hat. Es ergibt sich allerdings, daß im Kruppschen Werk vorläufig nur ein mäßiger Teil der Arbeiter und Angestellten von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht hat. Wie berichtet wird, sind die 28 Millionen Mark Aktienkapital von nur 1845 Zeichnern aufgenommen, so daß im Durchschnitt auf jeden 14 800 Mark entfallen. Da das Werk rund 50 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, muß die Beteiligung als sehr gering bezeichnet werden.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen im Reiche zu Ende Februar betrug 200 000, das heißt rund 10 000 mehr als zu Ende Januar. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die männlichen Erwerbslosen, während die Zahl der weiblichen noch eine geringfügige Abnahme aufweist. Im März ist nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer Abnahme der Erwerbslosenzahl zu rechnen.

Sozialpolitische Forderungen der spanischen Metallarbeiter. Der Verbandstag der Metallarbeiter Spaniens in Madrid erhob u. a. folgende Forderungen: Schaffung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, wirksame Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit, insbesondere sofortige Inangriffnahme der geplanten Vergrößerung des Eisenbahnnetzes um 18 000 Kilometer, Erhöhung der Beihilfen aus öffentlichen Mitteln für die Genossenschaften zur Errichtung von Kleinwohnungen. Ferner soll dem Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf betr. Einführung der Betriebskontrolle und des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts bei der Leitung und Verwaltung der Unternehmungen vorgelegt werden. Zugunsten der Durchführung von Altersrenten wurde eine Erhöhung der Erbschaftssteuer verlangt.

Vermischtes.

Goethe war ein — Jude!

Wenn in unseren traurigen Zeiten in dem garstigen politischen Lied auch einmal ein heiterer Ton erklingt, dann horchen wir gern auf und freuen uns. Eine solche Freude ungetrübter Heiterkeit gewährt uns die neueste deutschvölkische Leistung; die tüchtigen Rassenpolitiker haben nämlich herausgefunden, daß Goethe ein — Jude war. In der „Wiener Illustrierten Zeitung" steht zu lesen:

„Sieht man Goethe an, diese vorquellenden, dunkelbraunen Augen, diese an der Spitze gekrümmte Nase, diesen langen Oberleib mit den kurzen Beinen, dann haben wir ganz das Urbild eines Nachkommens Abrahams vor uns. . . . Seine glühende Sinnlichkeit und ewige Verliebtheit, seine unsittliche Lebensweise und fragwürdige Ehe, seine Feigheit den kriegerischen Ereignissen seiner Zeit gegenüber und noch manche andere Züge reden eine zu deutliche Sprache, als daß ein Mensch von unbefangenem Urteil sich der Ueberzeugung verschließen könnte, daß Goethe weit mehr ein Semite als Deutscher war."

Nachdem die jüdische Abstammung Goethes an seinem körperlichen Aussehen festgestellt wurde, bleibt für die vielen national gesinnten Literaturprofessoren, die in Deutschland herumlaufen, noch die Aufgabe, aus Goethes Werken die jüdische Denkweise, aus seiner Farbenlehre und anderen wissenschaftlichen Leistungen den talmudistischen Geist nachzuweisen. Hoffentlich finden wir aber nun nicht etwa in den Unterhaltungsbeilagen „nationaler" Blätter noch Beiträge von dem kurzbeinigen Juden Goethe!

Ehescheidung und Wohnungsnot. Die Trennung des Haushaltes, die bei Ehescheidungsprozessen manchmal vom Gericht gefordert wird, stößt bei der gegenwärtigen Wohnungsnot auf große Schwierigkeiten und hat in manchen Fällen zu sehr merkwürdigen Regelungen geführt. Die Ehescheidungskammer eines Landgerichts, die hierüber zu entscheiden hatte, wollte aber weder den Mann noch die Frau aus der Ehewohnung heraussetzen, weil keiner von ihnen anderweitig ein angemessenes Unterkommen hätte finden können. Deshalb ordnete das Gericht eine Teilung der bisher gemeinschaftlichen Räume an und führte diese auch hinsichtlich der unteilbaren Lokalitäten, wie Badezimmer, Klosett usw., bis aufs kleinste durch. Das Gericht setzte nämlich für diese unbedingt notwendigen Räume genaue Benutzungsstunden fest, an die sich Mann und Frau halten sollten. Das Urteil hat mit dem des weisen Salomon zweifellos eine gewisse Aehnlichkeit. Wir fürchten aber, daß seine praktische Durchführung zuweilen doch heftige und drangsalvolle Schwierigkeiten verursachen wird.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Wegen der erhöhten Kohlenpreise treten — gemäß Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 14. Juni 1921 — für den Verbrauch, von den nach dem 29. März d. Js. stattfindenden Ablesungen an gerechnet, folgende Preise in Kraft:

I. für Leucht-, Koch- und Heizgas
a) aus gewöhnlichen Gasanlagen 4.00 M. je cbm
b) aus kostenfrei gelieferten Gasanlagen . . . . . 4,02 M. je cbm

II. für elektrische Arbeit
a) für Beleuchtungszwecke . . 6.00 M. je Kwst
b) für Kraftzwecke . . . . 5.00 M. je Kwst

III. für Wasser . . . 1.85 M. je cbm.

Danzig, den 27. März 1922. (6331

Der Senat, Städt. Betriebsamt.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 29. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1.

Friedrich der Große

Schauspiel in 2 Teilen v. Hermann v. Boetticher. 1. Teil.

Der Kronprinz

(In 15 Bildern.) In Szene gesetzt von Direktor Rudolf Schaper. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende nach 10½ Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Gastspielpreise. Letztes Gastspiel Erna Denera. **Tiefland.** (Martha: Erna Denera a. Gast.)

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. **Mutter Erde.** Drama in 5 Akten.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. **Des Esels Schatten.** Lustspiel.

Sonntag, vorm. 11 Uhr. 12. (litterarische) Morgenfeier: **Herbert Eulenberg** „Aus eigenen Dichtungen".

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 29. März, abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr

„Der Obersteiger"
Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Freitag, den 31. März, „Der Obersteiger"

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195

„Libelle"
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

KKB

Kleinkunstbühne

Große Allee 10 (6207

Das große März-Programm
mit Namen, die ein gutes Programm bedeuten!

Fred Allgeier Hum. v. Chansonnier	**Lelo Ackosta** Vortragskünstlerin	**Emmy Dornelly** Wiener Soubrette
Rolf v. Frenssen und Partnerin mondänes Tänzerpaar	**Gerda Gerdina** Humoristin	**Irina Schilwanoff** Verwandl.-Tänzerin
Reini Schäffer Illusionist	**Viktorino** Straßengeiger	**Voigt - Spanier** Opern-, Spiel- und Gesangsduett

In der Bar: **Wiener Schrammeln!**

Im Brettl: 5-Uhr-Tee mit Tanzvorführung. **Im Café:** Nachm. und abends Künstler-Konzerte

(6330

Liga-Gummisohlen, äußerst gut bewährt
Gummiabsätze in allen Formen und Größen
Filz-Unternäh- und Einlegesohlen
Ia Schuhcreme u. Lederfett
Ia Schnürsenkel, weiß und farbig, sowie (6050
täglich frischen Sohlleder - Ausschnitt
empfiehlt
Carl Fuhrmann, I. Damm 21.

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. (6020

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Policenverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Gesundet. praktiziere ich wieder
Zahn-Arzt Malachow
Gr. Wollwebergasse 14.
(6333

Schw. Sammetkleid heller Seidenmantel
(Gr. 44) fast neu, zu verk. (†
Bergmann, Schichaug. 16, 3.

1 Kinder-Ausziehbettgestell
zu verkaufen. Gehrmann, Bischofsberg 11. (†

Zu verkaufen:
Allert. Spieluhr, 2 Vertikos, 1 Kleiderschrank, 1 Bettgest. m. Matr., 1 Büchereiregale, 1 kl. weiß. Schrank, 1 Regulator, 6 nußb. Rohrstühle. Besicht.: Langfuhr, Neuschottland 10b, 3 Tr. l. (†

Auf dem Wege von Neuschottland bis zum Schlachthof einen **Fleischerplan verloren.** Gegen Belohnung abzugeben bei (†
Piotrowski, Neuschottld. 7a.

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Apollo
Lichtbild-Theater
III. Damm 3. (6335
Spielplan vom 29. bis 31. März 1922

Der Riesenbrand der großen Oper
(Schmetterlingsschicksal)
Amerikanisches Sensationsdrama in 4 Akten.
Seelen im Sturm
Großes Sittengemälde in 6 Akten
Hauptdarstellerin: **Esther Carena**

Noch alte Preise!
Ohne Zollaufschlag!

Feldgraue Joppen	125 M.	u. h.
Damenmäntel	200 „	u. h.
Kinderanzüge	100 „	u. h.
Herrenanzüge	500 „	u. h.
Burschenanzüge	350 „	u. h.

Militärhosen, Arbeitshosen, Manchesterhosen zu Fabrikpreisen.

Nur in den Verkaufsstellen von
Kurt Becker,
4. Damm 11, 1 Tr. u. Häkergasse 9, Laden.
Telephon Nr. 6330. (6219

Stroh- Panama- Velour- Filz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei **sorgfältigster** Ausführung in **kürzester Zeit**
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle). (6138

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 **Pfefferstadt 71** I Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Geübte
Sackstopferinnen
für Kraftmaschinen, bei höchstem Lohn für dauernde Beschäftigung
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Konrad Kaempf, Danzig,
Hopfengasse 76. (6336